

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)  
Fernsprecher: Amt Lübow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## 125 000 Mitglieder!

Nach immer flutet es förmlich über uns herein an Mitgliedern und Erfolgen. Die umstehende Monatsstatistik weist 118 000 Mitglieder auf, aber bei Erscheinen dieser Zeitung haben wir 125 000 bereits weit überholt; beträgt doch die Auflage dieser Nummer 135 000. In 275 Filialen weisen wir jetzt Mitgliedschaften auf und es ist nur noch eine Frage weniger Wochen, daß wir auch in der Zahl der Orte sprunghaft vorwärtskommen.

Hand in Hand mit den inneren Erfolgen gehen die nach außen hin stärker sichtbaren: unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sich gewaltig gebessert. Überall besteht der Achtstundentag, außer in einigen Kranken- und Heilanstalten, wo sich die Direktionen noch hartnäckig sträuben, die gezielte Regelung anerkennen unter dem fadensteinartigen Vorwand, für gemeinnützige Anstalten gelte das Gesetz nicht! Wir stellen bei dieser Gelegenheit erneut fest, daß zu solcher Auslegung nicht der geringste Grund gegeben ist. In all den Fällen, wo die Anstaltsdirektionen also Schwierigkeiten machen, werden wir etwas schärfer zupacken müssen.

Wenn wir noch einen Augenblick bei den neuerungen Lohnen weilen, so müssen wir feststellen: seit der Revolution konnten die Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebliche Fortschritte machen. Diese brachten uns zwar beileibe nicht den völligen Ausgleich gegenüber der Teuerung! Das durchzuleben im letzten Elend der deutschen Volkswirtschaft, wäre eine Ferkelkur, an der wir schließlich alle zugrunde gehen könnten!

Aber wir haben doch kräftig aufgeholt und sobald endlich einmal freie Einfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen erlaubt, wird sich manches erträglicher gestalten. Hier liegt noch immer das stärkste Hemmnis die Wiedergesundung der Verhältnisse.

Jeder aufrichtige Volkswirtschaftler muß zugestehen, es geht noch immer abwärts mit unserem „Nationalreichtum“, und solange die Entente uns keinen Frieden gönnt, liegt unsere Volkswirtschaft in der Agonie, d. h. die Unternehmerschaft hält sich ängstlich zurück mit dem Kapital und der Staat ist außerstande, selbst die Produktion in großem Maßstabe in die Hand zu nehmen. Für die Wortrevolutionäre ist die Geschichte freilich furdthar einfach: „Das Unternehmertum muß gezwungen werden,“ sagen sie. Aber welcher Zwang könnte da wohl fruchten? Das abschreckende Beispiel Rußlands lehrt uns: es ist im jetzigen Stadium des Kapitalismus und unter Verächtlichung der furdtharen Lage, in der wir uns befinden, nicht möglich, mittels des Zwanges die Produktion wieder in Gang zu bringen. Wir können nur — entsprechend dem von Scheidemann

in Weimar entwickelten Programm — allmählich sozialisieren und kommunalisieren. Das letztere könnte u. E. allerdings in etwas schnellerem Tempo vor sich gehen!

Wenn in diesen Tagen die preussischen Gemeinde- wahlen vor sich gehen, so dreht sich der Stumpf mit den bürgerlichen Gegnern hauptsächlich um diesen Punkt!

Ohne etwas starken Druck werden auch die Verwaltungskörperschaften der Gemeinden nicht leicht zur großzügigen Gemeindepolitik nebst ausgedehnter Kommunalisierung zu haben sein. Es ist daher Aufgabe der neu-gewählten Körperschaften, etwas Feuer dahinter zu machen, damit an Stelle der volkswirtschaftlich verlorenen Arbeitslosenunterstützung für hinreichende Beschäftigung gesorgt wird in den Gemeinden.

Doch wir wollen von den Fortschritten unseres Verbandes reden, und da müssen wir noch feststellen, daß naturgemäß auch unsere Finanzen sich gewaltig gebessert haben. Allerdings verschlingen Materialien, Presse, Gehälter usw. ganz andere Summen als früher! Aber noch geht es in unseren Klassenverhältnissen glatt aufwärts, so daß wir diesmal beim nächsten Verbandstag vielleicht sogar um eine neue Beitragserhöhung herumkommen, wenn die Unterstützungsätze dieselben bleiben sollen. Diese Sorgen werden übrigens erst in einigen Monaten akut, denn im jetzigen unbeständigen Stadium könnten wir kaum definitive Beschlüsse fassen.

Die Zahl unserer Arbeitslosen ist noch immer erstaunlich gering, so daß wir die Demobilisierung unter erheblichen günstigeren Umständen überstanden haben, als angenommen werden mußte. Hoffentlich gelingt es den Gemeinden auch weiterhin, wenigstens alle unterzubringen, die vor dem Kriege und während des Krieges bei ihnen tätig waren.

Werden wir in der Lage sein, noch lange die Hochkonjunktur unseres Verbandes aufrechtzuerhalten?

Hier hängt unendlich viel von gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit durch Kleinagitation, Vortrag und Presse ab!

Der Geist, in dem wir arbeiten, ist das Entscheidende! Sagen wir den Kollegen nur etwas von den materiellen Erfolgen und Leistungen unseres Verbandes, so werden sie das vielleicht gern hören und in Zeiten namhafter Bewegungserfolge zu uns stehen. Anders, wenn einmal die Lohnsätze nicht mehr vorwärts zu bringen sind für längere Zeit, wie beim Tarifvertrag! Da verliert der ungedulde Gewerkschaftler und sinkt wieder zum Individualisten herab!

Anders, wenn wir den Geist der Organisation als die Seele des Ganzen ansehen! Wenn wir an das Solidari-



### Das Programm der neuen Volksregierung.

Wir geben nachstehend das Programm der neuen Regierung der deutschen Republik wieder. Unsere Meinung dazu haben wir bei der Besprechung über die Nationalversammlung in dieser Nummer der „Gewerkschaft“ gesagt.

I. Außenpolitik. 1. Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten an den Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jedes Gewaltfriedens. 2. Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebiets. 3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen. (Verbotes Bravol) 4. Gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege, Abschaffung der Geheimdiplomatie.

II. Innenpolitik. 1. Demokratische Verwaltung, Beilegung aller Vorzugen bei der Besetzung von Beamtenstellen, Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben. 2. Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen. (Bravo.) Erläuterung der Jugend. 3. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksherces zum Schutze des Vaterlandes, unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensauschuss zur Mitwirkung bei Verpflegung (Mantine), Urlaub und Unterbringung, sowie bei Beschwerden, Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrgangs 1899. Auflösung der militärischen Beförden, die nur für den Krieg geschaffen waren und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbeförden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere. Für die Uebergangszeit: Festhaltung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben. 4. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsschädigten. 5. Einheitsliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Volkswesens unter voller Wahrung des Reichsinteresses. Das Reich hat in engerer Föhlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend eingzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohl des ganzen Volkes entwickelt. Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden. (Bravol) 6. Nationalisierung und Höchstpreise werden für notwendige Lebensmittel und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, vorerst aufrechterhalten. Die Freigabe der Verteilung der Lebensmittel und die Entfaltung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sichergestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als dies mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. Solange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel von Reichsstellen geleitet wird, sind die Vertreter des Handels und der Verbraucher hinzuzuziehen. 7. Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privat-monopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen. 8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der beteiligten Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren. Ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das gesamte Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen. 9. Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutter- und Säuglings- und Jugendfürsorge. Der Arbeitsnachweis ist auf öffentlich rechtlicher und paritätischer Grundlage zu regeln und für die Arbeitslosen, soweit ihnen nicht Arbeit beschafft werden kann, zu sorgen. 10. Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechts zu sichern. Eine zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freibewilligen Beamten- und Disziplinarrechtes. 11. Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung in kleinbäuerlichen, bäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens,

Schaffung von Neuland und Siedlungszwecke durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Grundsätzen, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts oder durch Enteignung. 12. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Reich-Einommensteuer. Heranziehung der Vermögen, unter Freilassung der Kleinsten, zur Verminderung der Schuldenlast des Reiches. Die Einkommenbesteuerung ist zunächst auf einheitliche Grundzüge zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Grundsätzen auszugestalten. Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der schärfsten Erfassung des Großgrundbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens des Erben auszubauen. 13. Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen.

### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 1. und 2. Februar 1919 in Berlin.

Aus den einleitenden Mitteilungen und Beschlüssen sei hervorgehoben:

Für die besetzten linksrheinischen Gebiete soll versucht werden, auf dem Weg über bestimmte Sammelstellen den Gewerkschaftsbürokraten Eingang zu verschaffen.

Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden vier Vertreter der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden. Das an die Ledebur und Werner Beschlüsse sich anlehnende sozialpolitische Regierungsprogramm ist unterdes in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und im „Reichsanzeiger“ (Nr. 27 vom 1. Februar 1919) veröffentlicht worden.

In der Deutschen Liga für den Völkerbund hat Legien den Vorsitz für die sozialpolitische Abteilung übernommen.

Am 8. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden. Daran wird festgehalten, auch als am zweiten Tag ein Telegramm aus den Kreisen der Internationale in Bern den sofortigen Zusammentritt dringend empfiehlt.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung „Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit“ bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausdehnung und Vergrößerung der Gewerkschaften wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Eingriffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu verjagen. Das Rätesystem sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation; ferner zerplittere es die Einheit des Berufsgebietes und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und unglücklicher Gestellten hörten hier auf; jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Rätesystem liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar. Vielleicht empfehle es sich, präziser als in dem Regierungsentwurf die wesentlichen gewerkschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen. — Die Erörterung bewegte sich fast durchgehends in gleicher Richtung; im Baugewerbe lehnt man sogar mit größeren Vollmachten ausgerüstete Arbeiterausschüsse, mit denen die Betriebsräte ungefähr zusammenfallen könnten, ab, weil die in engerer Föhlung mit den Gewerkschaften stehenden Baudelegierten vorzuziehen seien. Von anderer Seite wurde die Schwierigkeit der Eingliederung der Betriebsräte zwar nicht verkannt, aber empfohlen, die vielfach tüchtigsten Elemente möglichst unmittelbar für die Gewerkschaften nutzbar zu machen. Meist kam auch die Meinung zum Ausdruck, daß mit der Rückkehr normaler Zustände das Rätesystem seine Bedeutung ganz von selber verlieren werde. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes warnte gleichfalls vor Ueberschätzung der gegenwärtigen enttäuschenden Erfahrungen. Diese seien auf Einzelgebiete beschränkt, im großen und ganzen sei jedoch auch heute noch immer ein guter gewerkschaftlicher Geist festzustellen. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes erblidete in den vorgezeichneten Arbeitskammern für den Bergbau ein zweckmäßiges Mittel, die müßig durcheinanderlaufenden Strömungen in den Bergbetrieben zu klären und auf bestimmte Ziele hinzulenken. Im Eindringgewerbe, das zu 75 auf den Export angewiesen ist, haben die Betriebsräte durch ihre wilden Lohnstreiks geradezu eine tolle Verwirrung angerichtet. Von einer Beschlußfassung sah man ab, doch soll die Gewerkschaftspresse aufmerksamer die Tätigkeit der Betriebsräte verfolgen.

Vertical list of numbers on the left margin, including 108, 531, 511, 523, 291, 72, 77, 232, 158, 56, 59, 131, 57, 40, 25, 100, 77, 68, 63, 63, 41, 40, 60, 27, 87, 32, 161, 385, 763, 14, 59, 54, 23, 01, 64, 75, 104, 31, 75, 38, 94, 39, 44, 75, 86, 75, 82, 75, 50, 52, 80, 54.

Beim Punkt „Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten“ schilderte Cassenbach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation, die bereits ein Bureau von 1200 Köpfen beansprucht. Täuschungen sind bei der Inanspruchnahme der Gemeindehilfe nichts Seltenes, andererseits sind aber auch viele Berichte über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung übertrieben und unbegründet. Speziell für die Ruhrbergleute wies der Vertreter der Bergarbeiter auf das Ansameln immer größerer Lagerbestände hin, das allein schon die maßlosen Klagen über die allgemeine Arbeitslosigkeit widerlege. In Oberschlesien und im Silesischen Braunkohlenrevier sei allerdings die Sachlage wesentlich bedenklicher infolge nationalitätlicher und spartanistischer Einflüsse. Namentlich wurde allseitig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert, und der neuen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Verechtigung zuerkannt. Die Frage Legiens, wie sich die Gewerkschaften hinsichtlich der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Bezücker von Erwerbslosenunterstützung Beitrag zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen — ebenso, als später die Beitragspflicht der im Sicherheitsdienst oder Grenzschutz tätigen Mitglieder angeknüpft wird.

Leipart berichtet über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Die bisherigen, nicht geringen Kosten sind von der Seite der Unternehmer vorläufigweise vorausgelegt worden; die Gewerkschaften müssen nun ihrerseits an ihren Beitragsteil denken. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmerkreise den allgemeinen wirtschaftspolitischen Tätigkeitskreis, also auch die Mitkontrolle der Gewerkschaften hierbei, zu weitgehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammerfrage in der Vertikung verschwinden lassen, weil das paritätische Zusammenwirken in der Arbeitsgemeinschaft das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beeinträchtigt werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter stets betont, daß sie auf den öffentlich-rechtlichen Boden, den sie durch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten wollen und können. In vielen Zweigen schreie zudem die Bildung der Fachgruppen und -ausschüsse sehr langsam fort. An die Stelle Schüdes, der das Arbeitsministerium in Würtemberg übernahm, müsse abermals ein sehr tüchtiger und energiegeladener Gewerkschaftsvertreter rücken, um unermüdet nach vorwärts zu drängen und sein Übergewicht der sehr geschäftserfahrenen Arbeitgebervertreter aufkommen zu lassen. Die Aussprache enthielt noch manchen stillen Widerstand in Unternehmerkreisen, auch manche Gegenstände, beispielsweise auf handelspolitischem Gebiet, um derenwillen öfter schon eine Verzögerung der grundlegenden Sitzung erstrebt wurde. An Stelle Schüdes, auch im Demobilisationsamt, wurde schließlich Cohn-Perlin gewählt.

Weiter nahm die Konferenz folgende Entschliessung an:

Die Konferenz der Vorstandsvertreter erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrags entgegen allen Grundgesetzen des Völkerrechts die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, während von Deutschland die Kriegsgefangenen reitlos ausgeliefert sind.

Sie protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Konferenz ersucht die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Aufhebung dieser ungeheuerlichen Maßnahme geltend zu machen. —

Der nächste Gewerkschaftskongress soll am 30. Juni in Nürnberg stattfinden. Auf Anregung von Thomas und Leipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Gewerkschaften und die Sitzungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten soll; auch die Sozialisierungsfrage soll von ihr behandelt werden.

Zu einer Aussprache kam es noch über die Antwort, die das Reichsarbeitsamt auf die Eingabe betr. das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung erteilte; ferner über die Stellungnahme des „Gauwirtschaftsgehilfen“ zur Meldefrauenentlassung. Ob die „Lewiana“ wieder acht täglich erscheinen soll, wird den beteiligten Verbänden zur Begründung unterbreitet werden. Dem Protokoll der Meeder gegen die Art der Inanspruchnahme der deutschen Handelsliste durch die Entente schließt sich die Konferenz nach den Darlegungen Leips nicht an. Ebenso wird ein Antrag der Holzarbeiter in Stuttgart, von der Nationalversammlung die gesetzliche

Festlegung eines Minimallohnes zu fordern, als nicht spruchreif abgelehnt; ebenso die Gewährung von Kinder-Teuerungszulagen an die Angestellten der Generalkommission. Die Erörterung der Grenzzeitigkeiten zwischen Porzellanarbeitern und Fabrikarbeitern bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten.

## Agitation und Organisation.

Kollege D. E. Neudeder, Bochum schildert in nachstehenden Zeilen, wie unsere Vertrauensleute in den Ämtern erfolgreich für den Verband wirken können. Wir geben die Ausführungen wieder als Anregung für die Kollegen, damit jeder nach seinen Kräften für unsere große, gemeinsame Sache arbeitet. Die Redaktion.

Aus allen Berichten unseres Verbandsorgans geht klar hervor, daß unsere Gewerkschaft einen nie vorher gekannten Aufschwung genommen hat. Selten hat jemals ein Kollege unseres Verbandes, ob er leitend oder referierend an den Versammlungen teilnimmt, einen solchen Erfolg dankbarer Zuhörer gefunden als in dieser Zeit. Wer solchzuletzt hindurch im Vordergrund der Arbeiterbewegung steht und mit immerwährender dem Eifer für den weiteren Ausbau des Verbandes tätig war, weiß solche Erfolge als übend einzuführen. Daß wir, daß die Zustände der Unterdrückung und Unternehmung dauernd vorüber sein mögen. Der überzogene und in Erfahrungen reiche Gewerkschafter weiß, daß jetzt die Arbeit für ihn erst recht beginnt. Ein Bild in unsrer Hauptrechnung vom 3. Quartal 1918 belehrt uns, wie wenig klein unser Mitgliederstand in fast allen Zahlstellen war. Das war unter dem Druck der damaligen Verhältnisse nicht anders zu erwarten. Die agitatorische Tätigkeit konnte nicht voll entfaltet werden, weil derjenige, der es wagte, für seine Kollegen einzutreten, mit seiner baldigen Entlassung zu rechnen hatte.

Wie ist dies alles mit einem Schlag anders geworden! Hier nur ein Beispiel: Witten in meiner Arbeit kommt ein fremder Mann zu mir, den ich vorher nie gesehen habe. Er kommt aus einer Landgemeinde und bittet mich, in einer Versammlung von Gemeindevorständen und Arbeitern ein Referat zu halten. Die Kollegen seien schon zweimal veranlaßt gewesen, es habe aber an Referenten gefehlt. Ich sage zu, die Versammlung findet statt, unter den Teilnehmern ist kein einziger organisiert, nicht mal der Versammlungsleiter. Nach Schluß meines Referats treten alle dem Verbands bei. Diese Fälle könnten sich noch sehr oft wiederholen, wenn an genügenden Kräften kein Mangel wäre, und gerade hier liegt der Schwerpunkt der Frage. Mit einer planmäßigen, ergiebigen Agitation muß auch die Organisierung gleichen Schritt halten. Es ist leider so, daß den Kollegen, welche sich nach Kräften der Agitation widmen, auch sofort die Geschäfte der Lokalverwaltung übertragen werden und so für die Agitation lahmgelegt sind. Allerdings ist es ja auch notwendig, daß unsere Kollegen den richtigen Fleiß stellen. Denn gerade bei Lohnbewegungen mit den einzelnen Stadtverwaltungen oder Delegierten ist es notwendig, über die nötige Schlagfertigkeit zu verfügen. Es ist etwas anderes, mit einem Mann zu verhandeln, welcher jahrelang sich mit Statistik und Lohnwesen befaßt hat als mit einem kleinen Handwerksmeister, welcher sich nur gelegentlich mit Lohnregulierung beschäftigt. An Lohnbewegungen ist auch bei uns kein Mangel. Ja fast überstürzend schnell folgen die Lohnforderungen sofort nach erfolgtem Eintritt in den Verband.

Es erscheint daher um so notwendiger, daß alle Hilfskäfte neben der Agitation sich mit aller Kraft der Organisationsarbeit widmen. Durch Vorträge müssen die eben erst gewonnenen Mitglieder belehrt und zu brauchbaren Agitatoren erzogen werden. Tarifverträge und Arbeiterversicherung müssen behandelt werden sowie all die sonstigen Aufgaben, die den Gewerkschaften innerhalb der Gemeinde, des Staats und des Reichs zufallen. Die Folgen einer solchen planmäßigen Organisationsarbeit werden dann nicht ausbleiben. Jeder einzelne, welcher bis jetzt nur zahlendes Mitglied ist, wird und muß ein Streiter und Berber im Dienste unserer Sache werden. Dann erhält unser Verband auch den Boden, von dem aus er seine gewaltigen Äste und Zweige ausstrecken kann.

## • Rus Politik und Volkswirtschaft •

### Dollitisches.

Die Nationalversammlung. Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten der Sozialdemokratie leider nicht die absolute Mehrheit. Um an der Regierung zu bleiben, muß sie sich deshalb auf bürgerliche Parteien stützen. Das hatte zur Folge, daß

der Mehrheitsblock des alten Reichstags (Mehrheitssozialisten, Deutschdemokraten, Christliche Volkspartei) seine fröhliche Auf-  
 erweckung feierte. Dem fühnen Kluge, den die sozialdemokratische  
 Fraktion in das Reich sozialistischer Politik machen möchte, sind da-  
 durch starke Fesseln angelegt, so daß den bürgerlichen Bundes-  
 rüdern im Regierungsbund allerhand Konzessionen gemacht werden  
 müssen.

Das erste Präsidium der Nationalversammlung setzte sich  
 aus Dr. David (Soz.) als Präsident, Fehrenbach (Christl. Volksp.),  
 Bauhmann (Deutschdem.) und Dietrich (Deutschnatl.) zu-  
 sammen. Da aber der Sozialdemokratie die wichtigsten Posten in  
 der Regierung vorbehalten bleiben, beanspruchte das Zentrum  
 (Christl. Volkspartei), entgegen aller parlamentarischen Gesetzmäßig-  
 keit, den Vorsitz in der Nationalversammlung für sich. Und so  
 kommt es, daß heute, nach achtägiger Tagung, das Volksparlament  
 in Weimar bereits das zweite Präsidium hat. Den Vorsitz führt  
 Herr Fehrenbach, der letzte Präsident des letzten Reichstags,  
 den er vor etwa fünf Wochen in konterrevolutionärer Absicht wieder  
 einberufen wollte. Die Sozialdemokratie ist im Präsidium durch  
 Abg. Heinrich Schulz als Vizepräsidenten vertreten.

Die wichtigste Arbeit, die die Nationalversammlung bis jetzt  
 vollbracht hat, ist die Schaffung einer vorläufigen Ver-  
 fassung. Sie stellt das ehemalige Kaiserreich auf republikani-  
 schen Füßen, sieht einen Präsidenten der Reichsverwaltung vor,  
 der von der Nationalversammlung gewählt wird, ferner ein Reichs-  
 ministerium mit verantwortlichen Ministern, die Nationalversamm-  
 lung und ein Staatenhaus. Letzteres setzt sich aus Repräsentanten  
 der einzelnen deutschen Freistaaten zusammen, die von  
 Parlamenten gewählt werden, die aus allgemeinen, gleichen, ge-  
 heimten und direkten Wahlen hervorgehen. Weitere Erlangen in Zukunft  
 nur Möglichkeit, wenn sie in Vereinbarung von Nationalver-  
 sammlung und Staatenhaus beschließen werden.

Zum Reichspräsidenten wählte die Nationalversamm-  
 lung den bisherigen Volksbeauftragten Ebert (Soz.), der den  
 bisherigen Volksbeauftragten Scheidemann (Soz.) mit der  
 Bildung der Reichsregierung beauftragte. Nach mehrtägigen  
 Verhandlungen mit den Volksrüdern kam endlich folgendes  
 Ministerium zustande: Präsident des Reichsministeriums  
 Scheidemann (Soz.), Reichsfinanzminister und stellv. Minister-  
 präsident Schiffer (Dem.), Reichsminister des Innern  
 Graf v. Brockdorff-Rausau (Dem.), Reichsminister des  
 Reichswirtschaftsministeriums Wissell (Soz.), Reichsminister  
 Minister Robert Schmidt (Soz.), Reichsminister Dr.  
 Wall (Christl. Volksp.), Reichsminister Landsberg (Soz.),  
 Reichswehrminister, dem auch das Reichsministerium untersteht,  
 Noske (Soz.), Reichspostminister Giesberts (Christl. Volksp.),  
 Minister ohne Portfeuille: David (Soz.), Erzberger (Chr. Volksp.),  
 Gothein (Dem.). Das Reichs-Temobilisationsamt ist nur ein  
 praesitorisches und gehört dem Reichsministerium nicht an. Sein  
 Leiter, Dr. Noeth, führt ebenfalls den Titel eines Reichsmini-  
 sters des Temobilisationsamtes.

Am 13. Februar legte der Ministerpräsident Scheidemann  
 der Nationalversammlung das Programm der neuen Regierung vor.  
 Wir drücken es an anderer Stelle ab.) Den auf dem Boden des  
 Erweiterten Programms stehenden Sozialisten geht es natürlich nicht  
 weit genug. Man erkennt eben auch hier wieder die dem Bürger-  
 tum zugewandenen Konzessionen. Scheidemann begründete in  
 großer Rede dieses Programm nicht nur, sondern gab auch eine  
 Rechtfertigung der Regierungsweise der bisherigen Volksbeauf-  
 tragten. Seine Rede war ein großes Plebiscitum zur Volksver-  
 schaft und zum Parlamentarismus. Sie rechnete mit den Gegnern  
 von rechts und links ab und rief alle gerecht Denkenden, besonders  
 die Neutralen, zur Mitwirkung für einen Frieden auf, der den Völkern  
 nicht wieder das Schwert in die Hand drückt. „Im Geiste der  
 Freiheit wird auch das Verweifen geordnet werden. Es kann in  
 Deutschland keinen anderen Soldaten mehr geben, als den Soldaten  
 der Republik. Niemand anders wird die höchste Kommandogewalt  
 haben, als das Volk selbst durch seine verfassungsmäßige Vertretung.  
 Dem einzelnen steht seine Hebrzeugung vollkommen frei — die  
 Armee als Ganzes kann keine Politik treiben, weder royalistische  
 noch bolschewistische.“

Und wie sich Scheidemann gegen eine Wiederkehr der Militär-  
 autokratie wandte, so trat er auch für die Beilegung der  
 Kassenunterschiede ein. „Wohin frei für das drängende  
 Geld!“ Das war sein Schlusssatz. Am Tage darauf erwiderte der  
 Reichsminister Graf von Brockdorff-Rausau sein Pro-  
 gramm der auswärtigen Politik. Der „Vorwärts“ sagt dazu: „Wenn  
 seine Taten den Worten entsprechen, dann hat er den Beweis rest-  
 los erbracht, den er bringen wollte, daß man von Geburt ein Graf  
 und doch ein entscheidender Demokrat sein kann.“ Wie Scheidemann,  
 rechnete auch er mit der Vergangenheit ab und warb für die Zu-  
 kunft. Er bekannte sich ausdrücklich zu dem Wilsonschen Friedens-  
 programm, nach dem dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen noch  
 Gebiete abzutreten sind. Er gestand den Polen, Litauern und Esten  
 die Teilnahme das Recht auf nationale Selbstbestimmung zu. So  
 lange aber die Friedenskonferenz noch nicht entschieden habe, welche  
 Gebiete polnisch sind, können wir uns kein Gebiet abreißen lassen.

Noch weniger könnten wir aber den Franzosen den Besitz des Saar-  
 reviers und der Pfalz zugestehen. Graf Rausau sand obendrein  
 Worte, die noch kein deutscher Außenminister gesprochen hat, wenn er  
 sagte: „Eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffennacht stützt,  
 ist zwar bequem, aber meist schlecht und unfruchtbar.“ — „Nur das  
 Weisheit ist gut, bei dem beide Teufhaber gewinnen.“ — Wertvoll  
 ergänzte wurde die Rede des Ministers noch durch die Ausführungen  
 des Sozialdemokraten Meil. Der 14. Februar bildete sicher einen  
 großen Tag in der deutschen Außenpolitik.

Wasserbauarbeiter

Flußbauarbeiter in Bayern. Die Bezahlung dieser Ar-  
 beiter war von jeher keine muster-gültige. In erster Linie wurde  
 dabei immer von der Ermägung ausgegangen, daß diese Leute auf  
 dem Lande sind, billiger essen und wohnen können. Letzteres mag  
 richtig sein; Ersteres jedoch nicht mehr. Wenige Bauersleute  
 sind es, die jetzt die Gewinnlust nicht ergriffen hat und ihre  
 Waren noch dem Kommunalverband oder auf andere Weise zu  
 wirklich erschwinglichen Preisen absetzen. Die Weissen hungern  
 nach Geld und wieder Geld, ganz gleich, ob ihre Nebenmenschen  
 dorben, verelenden und zugrunde geben. Zurzeit kann nur eine  
 Lohnerhöhung den Staatsarbeitern eine Verringerung der jetzigen  
 Verhältnisse bringen. Zu den schlechtest Entlohnungen zählen die  
 staatlichen Flußbauarbeiter, die heute neben dem Friedenslohn  
 eine tägliche Feuerungszulage von 1,70 Mk. haben. Die monat-  
 liche Feuerungszulage ist so gering, daß sie einen besonderen Aus-  
 schlag nicht mehr geben kann. Sie bewegt sich zwischen 12 und  
 20 Mk. monatlich; hinzu ist noch die Kinderzulage von monatlich  
 7 Mk. zu rechnen, so daß sich der Tagesverdienst auf höchstens  
 7 Mk. beläuft. Die Kollegen verlangen daher eine tägliche Auf-  
 besserung von 2 Mk. Inzwischen sind Kulturarbeiten als Not-  
 standarbeiten vergeben worden, und für diese Arbeiter wurde ein  
 Tagelohn von 9 Mk. festgelegt. Bei außerhalb seines Wohn-  
 ortes arbeitet, erhält 1,50 Mk. pro Tag Zulage; wer von München  
 oder einer anderen Großstadt dort arbeitet und den doppelten  
 Haushalt zu bestreiten hat, erhält eine Zulage von 2,50 Mk. pro  
 Tag. Diese Löhne gestalten sich also folgendermaßen: 9 Mk., 10,50  
 Mk. und 11,50 Mk. Was nun diesen Arbeitern recht ist, muß den  
 ständigen Flußbauarbeitern billig sein. Um den Verhandlungen  
 ade genug und Nachdruck zu versehen, ist es Aufgabe der Kol-  
 legen, durch kräftige Arbeit die Organisation auszubauen.  
 Besonders die nordbayerischen Kollegen dürften das beherzigen.  
 Die gute oder schlechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse  
 hängt ab von der Stärke der Arbeiterorganisation!

Aus unierer Bewegung

Wschaffenburg. Wirkliche Hungerlöhne werden hier den Ar-  
 beitern beim Stadtbauamt bezahlt. Mit 31-35 Mk. pro Woche  
 sollen die Kollegen sich und ihre Familien ernähren. Für diese  
 färsichtige Belohnung verlangt die Stadt auch noch 4 Stunden Son-  
 tagsarbeit. Es wird Zeit, daß auch die Kollegen sich stärker um  
 die Fahne der Organisation scharen als bisher. Denn wie lange  
 wollt Ihr Euch denn noch mit solcher Bezahlung zufriedengeben?

Breslau. In der aufbesuchten Generalversammlung am 6. Fe-  
 bruar gab Kollege Seinge den Geschäftsbericht für das Jahr 1918.  
 Kollege Schulte gab den Massenbericht vom 4. Quartal 1918.  
 Die Einnahmen betragen inkl. Bestand 23.635,92 Mk., die Ausgaben  
 12.426,02 Mk. An Umerüstungen zahlte die Hauptkasse 6283,75 Mk.  
 und die Lokalkasse 818,21 Mk. An Eintrittten waren im 4. Quar-  
 tal 2147 männliche und 2485 weibliche, im ganzen 4632. In die  
 Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Schulte (Revollmäch-  
 tigt), Reichelt (Stellvertreter), Cieslik (Kassierer); als Weisler  
 Haffert, Reich, Pindemith, Brause, Fr. Luitig, Langner, Conrad,  
 Scharf, Fr. Walguth. Folgende Resolution wurde zum Zweck des  
 Abschlusses eines Tarifvertrages angenommen: „Unsere  
 Mollgenossenschaft sieht mit Spannung dem Abschluß eines Tarifver-  
 trages mit dem Magistrat entgegen. Sie erwartet davon eine Ver-  
 besserung ihrer Bezüge ab 1. Januar 1919. Aus den stattgefundenen  
 Verhandlungen ist aber nicht ersichtlich, daß der Tarifvertrag bald  
 zustande kommt. Nach Ansicht der Arbeiter müßte in der verfloßenen  
 Zeit der Abschluß eines Vertrages möglich gewesen sein. Die Ar-  
 beiterchaft ist daher nicht gewillt, sich noch länger abwartend zu  
 verhalten. Sie muß auf dem sofortigen Abschluß des Vertrages be-  
 stehen und fordert von der Verbandsleitung, beim Magistrat fol-  
 gende Zusagen einzuholen: 1. Erklärung des Magistrats bis zum  
 15. 2., daß er in Verhandlungen zum sofortigen Abschluß eines  
 Vertrages eintreten will und 2. diesen Abschluß bis 1. März voll-  
 ziehen haben wird. 3. Um einen Ausgleich des Lohnes mit der  
 Gewerung herbeizuführen, wird beantragt, die am 1. Juli 1918  
 gewährte Feuerungszulage von 2 Mk. auf 5 Mk. pro Tag zu er-  
 höhen, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1919.“

— Ferner beschloß die Generalversammlung eine Kommission zum Magistrat zu entsenden, welche den beschleunigten Abschluß des Tarifvertrages zum Ausdruck bringen soll. In die Kommission wurden die Kollegen Ridel, Hanke, Kohnstod, Feinrich, Nagel, Scharf und Kleinert gewählt. Kollege Schulze gab dann noch bekannt, daß durch Bemühungen der Organisation für die Mitglieder drei Volkvorstellungen im Thalia-Theater gegeben werden, und zwar am Sonntag, den 23. Februar, Sonntag, den 9. März und Sonntag, den 23. März, zu ermäßigten Preisen, wie für die Partei.

**Chemnitz.** Eine stark besuchte Versammlung der Straßen- und Werkstattarbeiter der städtischen Straßenbahn tagte am 27. Januar. Kollege Lässig referierte über den abzuschließenden Tarifvertrag. Die Versammlung wählte eine Lohnkommission, der je ein Vertreter aus je einem Betriebszweig angehört. Zu der bevorstehenden Wahl des Arbeiterausschusses wurde eine Vorschlagsliste aufgestellt. Eine große Zahl noch fernstehender Kollegen trat dem Verbände bei. In unseren Mitgliedern liegt es nun, dafür zu sorgen, daß unser Verband bald alle Straßenbahnarbeiter erfasst. Denn je stärker die Organisation, um so besser der Tarifvertrag.

**Darmstadt.** Eine stürmische, von über 300 Angestellten und Arbeitern der „Deag“ besuchte Versammlung fand am 6. Februar statt. Die Versammelten trafen die Entscheidung, daß das gesamte Personal gewillt sei, Sturm zu laufen gegen das längere Verbleiben des Direktors Müller in der Hessischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft. Kollege Wedel gab Kenntnis von der Besprechung mit dem Oberbürgermeister sowie von der Aufsichtsratsführung. Seine Erklärung, daß er nur die Grundtöne der Besprechungen wiedergeben könne, weil vieles sich nicht für die Öffentlichkeit eignen, rief heftige Unruhe hervor. Ein Angestellter verlangte unter Beifall der Versammlung unbedingte Klarheit, andernfalls morgen früh der Austritt erfolge. Stadtd. Schmidt gab dann den vertraulichen Teil der Verhandlungen bekannt. Unter lebhaften Zwischenrufen führte Schmidt aus, daß in der Aufsichtsratsführung Entscheidungen gemacht wurden, die selbst den Stadtverordneten und der Stadtverwaltung unbekannt waren. In dem Vertrag von 1912 zwischen der Stadt Darmstadt und der „Deag“ sei nämlich die Klausel enthalten, daß Direktor Müller bei einer Kündigung das Recht auf Pension und auf eine Abfindungssumme von 120 000 Mk. habe, die die Stadt als Teilhaber bezahlen müsse. Werde Müller sofort entlassen, so müsse die Stadt ihm 120 000 Mk. zahlen, währenddem bei einer Weiterbeschäftigung das Geld gespart werden könne. Stadtd. Gammann teilte das Ansinnen des Oberbürgermeisters mit, Müller in der Leitungsstelle zu beschäftigen. Stadtd. Gend vertrat den Standpunkt, daß Müllers Verbleiben seine sofortige Entlassung rechtfertige. Angesichts der Brutalität, mit der dieser Mensch gegen das Personal und die Allgemeinheit vorgehe, brauche man auch gegen ihn keine Rücksichten zu nehmen. Heber sein vermeintliches Recht auf Pension und Abfindungssumme sei das Gericht zuständig und die Stadt könne einem Urteil ruhig entgegensehen. Stadtd. Delp bedauerte, daß die Stadt und die Stadtverordneten 1912 so eingeschickt worden seien. Redner bemängelte auch, daß das Personal nicht früher so geschlossen war wie heute, dann wären sie Müller schon lange los. In der sehr lebhaften Aussprache kam allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß Müller sich baldigst aus Darmstadt's Mauern entfernen möge. Die Versammlung war auch dagegen, daß Müller irgendwo ein Pöstchen erhalte. Von einem Protestfakt wurde Abstand genommen, jedoch bestimmt, daß die Stadtverordneten Dep. Schmidt, Dr. Heber und Gammann mit Vertretern des Personals spätestens am 7. Februar bei dem Oberbürgermeister vorstellig werden, der als Aufsichtsratsvorsitzender Müller die Entscheidung der Versammlung vorzulegen habe, und zwar mit der nachmaligen Aufforderung, sich außerhalb Darmstadts so rasch wie möglich eine andere Beschäftigung zu suchen, andernfalls das Personal zur Selbsthilfe greifen werde. — Das Personal war schon im Jahre 1917 eifrig bemüht, ihren Direktor aus dem Amte zu beseitigen. Der damalige Gauleiter, Kollege Müller-Strakburg, setzte alle Hebel in Bewegung. Jedoch scheiterten die Pläne zuletzt an der Geschlossenheit der Arbeiter. Heute ist eine andere Situation. Die Darmstädter Kollegen hoffen auf tüchtige Abrechnung mit diesem Herrn, der kein bisheres Verständnis für die Lage der Arbeiter hat.

**Dortmund.** Die städtischen Arbeiter hatten am 5. Dezember 1918 bei dem Magistrat eine Lohnerböhung und eine Feuerungszulage von 300 Mk. zahlbar bis Weihnachten, beantragt. Der Magistrat hielt es aber nicht für nötig, zu antworten. In einer Protestversammlung am 16. Januar beschloßen die städtischen Arbeiter, den Magistrat zu eruchen, wegen der Feuerungszulage bis zum 25. Januar, wegen der Lohnerböhung bis zum 1. Februar Vorschlag zu geben. In einer persönlichen Besprechung des Kollegen Horn mit dem Oberbürgermeister Eichhoff konnte eine bindende Erklärung nicht erlangt werden. Der Oberbürgermeister sagte, es müsse erst ein Antrag dem Stadtverordnetenkollegium unterbreitet werden. Daß dies schon längst hätte geschehen können, war ihm anscheinend nicht bewußt. Die einzige positive Erklärung, die ihm abgerungen werden konnte, war die, daß am 1. Februar eine Sitzung des Magistrats mit Gewerkschaftsvertretern stattfinden solle, die sich mit den Lohn-

verhältnissen der städtischen Arbeiter beschäftigen werde. Am 1. Februar wurde dann volle fünf Stunden verhandelt, und der Erfolg war für uns. Unsere Forderung, eine einmalige Zulage in Höhe von 250 Mk. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bis zum 1. Februar 1919 in geländigem oder ungeländigem Arbeitsverhältnis bei der Stadt Dortmund stehen, wurde bewilligt. Ferner erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen vom 1. März 1919 ab täglich 1,50 Mk. Lohnzulage, Monatslöhner 45 Mk. den Monat. Die bisher gewährte laufende Feuerungszulage wird weiter gezahlt. Diese Abmachungen der Lohnzulage gelten nur als provisorisch, da unser eingereichter Lohnsatz bald einheitlich durch den deutschen Städtetag geregelt werden soll. — Das ist ein großer Erfolg der städtischen Arbeiter, den sie nur ihrer Organisation zu verdanken haben. Weitere Kämpfe stehen uns aber noch bevor. Wir müssen deshalb weiter rüsten, weiter agitieren, bis die Kollegen sich restlos unserem Verbände angeschlossen.

**Oranienburg.** In der gut besuchten Versammlung am 8. Februar referierte Kollege G. Müller über das Ergebnis der Wahlen. Er schilderte dann die Verhältnisse im Verband und forderte die Anwesenden zu reger Mitarbeit auf. — Kollege Görtzel teilte mit, daß bei der hiesigen Fortifikation landliche Arbeiter gegen Vergabe von Lebensmitteln als Arbeiter eingestellt worden, während in der Stadt viele Arbeiter brotlos sind. Der Vorsitzende nahm dies zur Kenntnis und versprach, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden. Kollege Kafalski bat den Vorsitzenden, dahin zu wirken, daß den bei der hiesigen Zentralmolkerei beschäftigten Personen der festgesetzte Lohn gezahlt wird, was bisher nicht geschehen ist. Der Vorsitzende versprach sofort für Abhilfe zu sorgen. Es erfolgte hierauf Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Es traten wiederum 41 Erziehungskinder dem Verbände bei, so daß unsere junge Filiale nunmehr 233 Mitglieder hat.

**Verford.** In einer stark besuchten Versammlung am 9. Februar protestierten die Kollegen gegen die Verschleppung unserer Lohnforderungen durch den Magistrat. Eine Entschließung wurde angenommen, die die sofortige Regelung unserer Lohnforderungen verlangt. Kollege Meißner-Cannover hielt dann noch ein ausführliches Referat über die Gewerkschaftsbewegung im neuen Deutschland. — In den Filialvorstand wurden gewählt Kollege Stupp, 1. Vorsitzender; Bierlage, 2. Vorsitzender; Schroder, Kassierer, Hartmann, Schriftführer.

**Rahr i. Baden.** In der gut besuchten Versammlung am 7. Februar berichtete Kollege Steiert über das Ergebnis unserer Eingabe an den Stadtrat auf Feuerungszulage für die Arbeiter-Teilnehmer. Er konnte erfreulicherweise feststellen, daß die Wünsche der Kollegen erfüllt worden seien. Es erhält jeder den Betrag von rund 300 Mk. Für die Stadtarbeiter konnte der Tarifverwurf infolge Heberhäufung des Gauleiters noch nicht eingereicht werden. Dagegen hat die Eingabe an das Zeugamt zu einem vollen Erfolg für das dort beschäftigte Personal geführt. Kollege Steiert empfahl daher den Vertrag, welcher bereits von ihm und dem Martellvorsitzenden Dürr unterzeichnet sei, zur Annahme. Der Vertrag sieht folgende Lohnsätze vor: Für Arbeiter über 18 Jahre ohne Familie 87—96 Pf. Stundenlohn. Für Arbeiter über 18 Jahre mit Familie 112—121 Pf. Stundenlohn. Für Arbeiterinnen über 14 Jahre ohne Familie 65—68 Pf. pro Stunde. Für Arbeiterinnen über 14 Jahre mit Familie 90—93 Pf. pro Stunde. Arbeiter unter 16 Jahren erhalten 50 Pf., Arbeiter zwischen 16—18 Jahren erhalten 65 Pf. Stundenlohn. Arbeiterinnen unter 16 Jahren erhalten 40 Pf., Arbeiterinnen von 16—18 Jahren erhalten 55 Pf. Stundenlohn. Vaterarbeiter und -arbeiterinnen erhalten eine stündliche Zulage von 12 Pf. Für Sonntagsarbeit und Ueberstunden erfolgt ein stündlicher Zuschlag von 30 Pf. Die Arbeitszeit ist achttündig, am Samstag beträgt sie 6½ Stunden. Nachdem noch beschloßen wurde, beim hiesigen Stadtrat zu beantragen, daß der Arbeiterschied neu zu wählen sei, wurden auch gleichzeitig die Kandidaten hierzu aufgestellt. Beschloßen wurde ferner, unsere Versammlungen in Zukunft Samstags, abends 7½ Uhr, abzuhalten.

**Magdeburg.** In einer stark besuchten Versammlung der städtischen Arbeiter am 20. Januar gab Kollege Wachtebold Bericht über die Verhandlungen der Verbandsektion und Lohnkommission mit dem Magistrat. Unter dem Druck der starken Organisation hat der Magistrat die Verhandlungen nicht auf die lange Bank geschoben. Schon heute (am 20. 1.) haben die Verhandlungen stattgefunden. Fast restlos hat der Magistrat die Forderungen bewilligt. In der Diskussion stellten die Angestellten der Krankenanstalten den Antrag, erneut mit dem Magistrat zu verhandeln, damit sie den anderen städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen gleichgestellt werden. Die anwesenden unorganisierten Kollegen ließen sich restlos in den Verband aufnehmen.

**Ostsee (Stpr.).** In einer gut besuchten Versammlung am 28. Januar, in der Kollege Stammer referierte, folgten die städtischen Arbeiter ihren Anschlag an unseren Verband und gründeten eine Filiale. Die Mitgliederzahl beträgt bereits mehr als 100. Das ist aber nicht genug. Alle städtischen Arbeiter müssen dem Verband beitreten, denn je stärker die Organisation, um so größer der Erfolg. An unsere Mitglieder richten wir aber die

Mitte, solange zu werben, bis kein städtischer Arbeiter mehr außerhalb des Verbandes steht.

Stuttgart. In der Generalversammlung am 1. Februar erstattete Kollege Stetter den Tätigkeitsbericht. Daran anschließend Kollege Koss dem Massenbericht; die Gesamteinnahmen der Filiale betragen im Berichtsjahr 26 239,48 M., die Gesamtausgaben 17 227,37 M., somit bleibt ein Vermögen in der Filialklasse von 9012,11 M. Die Mitgliederzahl beträgt einschließlich der noch beim Militär stehenden 2280. In die Ortsverwaltung wurden gewählt als erster Vorsitzender Chr. Lang, zweiter Vorsitzender D. Stetter, erster Kassierer Hugo Koss, zweiter Kassierer A. Friß, Schriftführer Wilh. Dahn. Ein Antrag, eine erweiterte Ortsverwaltung zu wählen, dergestalt, daß jeder Betrieb ein Mitglied dazu entsenden kann, wurde angenommen. Ebenso ein Antrag, das Vertrauensmännerstystem wieder auf eine neue Grundlage zu stellen. Zu diesem Zweck sollen sofort in allen Betrieben Betriebsversammlungen abgehalten werden. Von verschiedenen Nebenm wurde zur Sprache gebracht, daß jeder Betrieb eine Sorge getragen werden müsse, den eingereichten Tarifvertrag baldmöglichst zum Abschluß zu bringen. Eine Lohnkommission, bestehend aus den Kollegen Chr. Lang, Hugo Schmall, Joh. Keiter, Karl Bleher und Franz Entler wurde gewählt, die zusammen mit den Kollegen Pirker und Stetter die Verhandlungen auf dem Rathaus zu führen haben.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands findet am 30. Juni 1919 in Nürnberg statt. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Fassung der Mandate.) 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. 3. Beratung der Anträge, betreffend: a) Allgemeine Agitation. b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern. c) Streikunterstützung und Streikstatistik. d) Arbeiterinnen-Sekretariat. e) Korrespondenzblatt. f) Sozialpolitische Abteilung. g) Zentral-Arbeitersekretariat. h) Regelung der Grenzstreitigkeiten. 4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. 5. Beratung des Organisationsstatuts des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands. 6. Die Sozialisierung der Industrie und Landwirtschaft. 7. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. — Ein Organisationsstatut für den Bund der Gewerkschaften Deutschlands wird von einer seitens der Konferenz der Verbandsvertreter eingesetzten Kommission ausgearbeitet und so rechtzeitig vor der Konferenz veröffentlicht werden; daß die Gewerkschaftsmitglieder zu ihm Stellung nehmen können. Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannte Tagungsordnung Punkte bezug haben, sind bis zum 5. Mai 1919 an die Generalkommission einzusenden. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können. Anträge einzelner Gewerkschaftenmitglieder können nur dann zugelassen werden, wenn sie von einer Zahlstelle oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden. Der Kongreß wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 5. Juli tagen. Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach den dem neunten Gewerkschaftskongreß (München 1914) beschlossenen Bestimmungen: Zur Teilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind alle angeschlossenen Gewerkschaften berechtigt, die mit nicht mehr als drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind. Gewerkschaften, die für einen größeren Beitragsrückstand eine genügende Entschuldigung beibringen, können auf Beschluß der Konferenz der Vorstandsvertreter zu den Gewerkschaftskongressen zugelassen werden. Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 5000 Mitglieder einen und für die überschüssende Mitgliederzahl, welche 5000 nicht erreicht, einen weiteren Delegierten zu wählen. Gewerkschaften, welche weniger als 5000 Mitglieder zählen, wählen einen Delegierten. Der Wahlmodus bleibt den einzelnen Gewerkschaften überlassen. Alle Anträge, welche dem Gewerkschaftskongreß vorzulegen werden sollen, müssen mindestens 8 Wochen vor dessen Stattfinden bei der Generalkommission eingereicht sein. Diese hat solche Anträge mindestens 6 Wochen vor dem Stattfinden des Gewerkschaftskongresses zu publizieren. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder können nur dann zugelassen werden, wenn sie von einer Zahlstelle oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden. Die Zahlung der Quartalsbeiträge an die Generalkommission soll am Schlusse eines Quartals für das verlossene Quartal erfolgen. Bis zum Kongreß ist also nur der Beitrag für das erste Quartal 1919 fällig. Es sind ferner alle an die Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften zur Teilnahme an dem Kongreß berechtigt, welche ihre Quartalsbeiträge für die erste Hälfte des Jahres 1918 bezahlt haben. Die Wahlen der Delegierten werden nach den vorstehenden Bestimmungen von den Vorständen der Zentralverbände ausgeführt werden.

Rundschau

Idealismus.

Die Liebe hat unsere Kinder geboren, die Liebe ist es, die sie uns zu einer innigen Gemeinschaft macht, die Liebe ist es, die ihnen den Weg bereiten möchte und ihnen die schönste, die goldigste Zukunft gönnt. Aber da drängt sich hinein in diese Harmonie des Innern der brutale Stachel der Wirklichkeit. Haben wir nicht auch Eltern, die uns liebten und für uns das Schönste wünschten, das auf Erden möglich ist? Und doch hatten wir zu leiden unter der wirtschaftlichen Not der Wirklichkeit, waren wir noch so weit ab von einem Dasein, das allein eines Menschen würdig ist. Und wenn wir auch so manches erreichten: wie weit sind wir noch fern vom Ziele der Schönheit und der wahren Herzgenussfriedens. Wie kann es da anders sein, als daß auch die Wesen, die wir so lieben, nicht hinwegfönnen von dem Lose des Proletariats? Das Schönste auf Erden ersehnt ihnen unser Herz, und ein rauhes, hartes Leben bringt ihnen die Wirklichkeit.

Ruß uns dieser Zwiespalt zwischen draußen und drinnen, dieser wahnsinnige Gegensatz zwischen dem sittlichen Innern: So sollte es sein! und dem unsittlichen Wirklichen: So ist es! nicht antworten zu einem rastlosen Drängen zur Beseitigung dieser Zwiennatur? Ruß er uns nicht aufpeitschen zu einem ruhelosen Wirken und Schaffen, zur sittlichen Harmonie von Sein und Sein? Wahrlich, wenn irgend etwas, dann sind es die Kinder, die uns hinein-schleichen ins Herz: Hüß mit, daß es anders wird, kämpfe, daß alles, was Menschenanständig trägt, frei wird und glücklich. —

Und darum kämpfen wir ja auch unseren freien Gewerkschaftskämpfe, und so groß und so weit ist unser Ziel, und immer gibt es uns neue Pläne zu immer weiteren Höhen. Kein Ende kennt diese neue Welt des freien Arbeitsglücks, und darum werden wir unmöglich noch schauen all die sonstigen Höhen. Unseren Kindern, den Kindern unserer Schwestern und Brüder gilt dieser höchste Kampf. Soweit möglich, wollen wir auch für uns eine neue, bessere Welt, doch weiter und höher strebt noch unser Herz, auf Kinder und Kindeskinde wollen wir leuchten lassen mit immer sonnigeren Strahlen die Sonne der freien Arbeitswelt. Die Liebe zur werdenden Welt ist es, die unserem Kampfe den seelischen Adel gibt, die Liebe zum wachsenden, blühenden Menschentum.

Und da macht so manch gelehrter Kopf, der für sich und die Seinen den augenblicklich alleinigen Besitz von Idealismus zu haben sich vernimmt, sich große Sorge um die „große Masse“, die heute edlerer Regungen so ganz bar sei, da legt er gewichtig den Finger auf die Kasse und fragt sich, wie das wohl noch werden soll. Und während er so besorgt seinen Kopf wiegt, drängt weiter und weiter vorwärts das organisierte Arbeitsvolk, reißt es durch seinen gewerkschaftlichen Kampf nieder Stüd für Stüd von dieser Wirtschaftswelt des Egoismus, um immer mehr zu schaffen jene andere, jene bessere, jene neue Welt, die große, schaffende, freie Welt unseres Sehns, die wirtschaftliche Welt der alle umfassenden Liebe.

Die Gewerkschaften und die Kaufkraft des Geldes. Es ist noch nicht ganz sicher, ob jene klugen Leute, die vor dem Kriege die Bedeutung der Gewerkschaften für die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft als gering hinstellten, nun nach dem Kriege, in sich geben und den Irrtum einsehen. Sicher werden es nur wenige Personen sein, deren Schullappen so gut gearbeitet sind, daß sie den Bald vor lauter Räumen nicht sehen. Die 51 Monate Kriegszeit gaben dem Gewerkschaftsgedanken eine geradezu glänzende Rechtfertigung seines Daseins. Notwendiger aber noch als im Kriege werden sich die Gewerkschaften nun in der Übergangszeit erweisen. Jetzt, nach dem Kriege, bevor wir Erdbung in unsere vollkommen zerrüttete Volkswirtschaft gebracht haben, werden von den Gewerkschaften Kräfteleistungen größter Art verlangt werden. Millionen Soldaten strömen in die Heimat zurück. Sie sollen als Arbeiter in die Wirtschaft eingestellt werden. Es ist nicht zu erwarten, daß diesem Verlangen in ausreichendem Maße Rechnung getragen werden kann. Von schweren Erschütterungen heimgesucht, ist der Körper unserer Volkswirtschaft krank, jedenfalls ist er außerstande, jene Leistungen zu vollbringen, deren Vorhandensein allein das Schlimmste verhindern könnte, von dem der Arbeiter betroffen werden kann: Arbeitslosigkeit! Hier werden jene Kräfteleistungen von unseren Gewerkschaften verlangt und sicher geleistet werden. Die Gewerkschaften werden sich, ihrer Aufgabe gemäß, als Freunde in der Not erweisen. Sie werden ihren Mitgliedern mit gewaltigen Geldsummen beizubringen, um sie vor dem Neuherrchen zu bewahren! Diese Hilfsmittel werden bestimmt sein, zunächst die Ernährung sicherzustellen. Wichtig ist dabei, jene gewaltigen Summen im Sinne höchster Wirtschaftlichkeit zu verwenden. Die Kaufkraft jener Summen muß bis zum Nöthigsten gesteigert werden. Keine unbillige Verwerdung auch nur des kleinsten

Zeiles jener Mittel, mit denen die Gewerkschaften dem wirtschaftlichen Elend flouern! Wie das zu geichehen hat, ist aus dem Wejen der Gewerkschaftsbewegung ohne Zwang zu folgern. Keine Verbesserung der Lebenshaltung ohne Berufsorganisation, aber auch keine Sicherung und keine Erhöhung der Kaufkraft des Geldes ohne Organisation! Hier findet die Gewerkschaftsarbeit ihre Ergänzung durch die Arbeit unserer Konsumvereine. Sie regeln den Verbrauch an Lebensgütern materieller Art und sorgen für die Ausmerzung aller Kräfte im Wirtschaftsleben, die dem Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit entgegenstehen. Wer den Leistungen der Gewerkschaften den größten wirtschaftlichen Nutzen sichern will, hat für die Steigerung der Kaufkraft des Geldes zu sorgen. Das Feld für diese Tätigkeit ist der Konsumverein. Gewerkschaft und Konsumverein gehören immer, besonders aber in der Zeit wirtschaftlicher Not, zusammen.

**Bekämpfung des Schleichhandels.** Eine der dringendsten Aufgaben der neuen Konierung wird es sein, mehr als bisher den gewerksmäßigen Schleichhandel und die übermäßige Vorberjorgung einzelner gewissenlojer Geldleute zu verhindern. Die Bekämpfung wird nach drei Richtungen zu erfolgen haben. Zunächst muß bei dem Erzeuger, der der eigentliche Belieferer des Schleichhandels ist, dafür Sorge getragen werden, daß die ihm nicht zur Selbstversorgung zureichenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse zur Ablicierung gelangen. Die Heberwachung der landwirtschaftlichen Betriebe in dieser Richtung bildet eine wesentliche und wichtige Aufgabe der neuen Bauernräte. Die hierzu notwendigen Anweisungen an die Bundesregierungen und Kommunalverbände sind bereits erlassen. Schwieriger gestaltet sich die Verhinderung des Schleichhandels im großen, also die Verchiebung von Waagonladungen mit rationierten Lebensmitteln durch die Bahn und von Händler zu Händler. Bei der Gerissenheit, mit der der gewerksmäßige Schleichhändler unter Fälschung von Fradurkunden und Ausweis-papieren vorgeht, kann auf diesem Gebiete nur mit geschultem, sachlich ausgebildetem Personal gearbeitet werden. Die Schritte, solches Personal in stärkerem Umfange zu gewinnen, sind eingeleitet. Es wird aber ferner eine neue Organisation der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere des Kriegswunderamts, erforderlich sein, um in jedem Einzelfalle ohne Demnung von Zuständigkeitsfragen mit Energie und Erfolg zusaffen zu können. Nach dieser Richtung schweben bereits Beschlüsse anzuweisen den verchiedenen beteiligten Behörden. Schließlich handelt es sich darum, da, wo übermäßige Vorräte zum Schaden der Allgemeinheit aufgehäuft worden sind, diese sogenannten Sammlerlager feitzustellen und dem allgemeinen Verbrauch zuzuführen. Wie das bisher ge-vereinzelt vorgehen von Arbeiter- und Soldatenräten bereits gezeigt hat, ist diese Aufgabe durchaus nicht leicht zu lösen, wenn man vermeiden will, daß rechtmäßig erworbene Vorräte den Besitzern weggenommen werden. Man wird bedenken müssen, daß der Geist der Vorräte für kommende schwere Zeiten der Bevölkerung erhalten bleiben muß und daß ein plumpes und ungeschicktes Zufassen leicht auch die Besitzer kleiner erlaubter Vorräte veranlassen könnte, diese in unrichtiger Weise zu verzeihen oder zu verzeihen. Das Reichsernährungsamt beschäftigt sich auf das eingehende damit, Maßnahmen für ein einheitliches und sachgemäßes Vorgehen auf diesem Gebiete aufzustellen. Es erachtet erwünscht, daß die einzelnen örtlichen Stellen sich bis zum Erscheinen dieser Richtlinien solcher Sondermaßnahmen enthalten. Die Richtlinien werden versuchen, allen Ansprüchen, insbesondere auch derjenigen Volksteile, die durch Heeresangehörige erlaubterweise Nahrungsmittel erhalten und vorrätlich aufbewahrt haben, gerecht zu werden. Es kann daher vor dem vorzeitigen Verzeih und der Vergewaltigung solcher Lebensmittel nur dringend gewarnt werden.

**Der Verein „Arbeiter-Hochschule“ G. B.** In diesem Vierteljahr findet ein französischer Unterrichtskursus (Dr. Maeder) und drei Einzeltvorträge statt: Sonntag, den 22. Februar, Dr. A. Vorbach: „Aus der Geschichte der Eh- und Familie“; Sonnabend, den 1. März, Dr. Magnus Hirschfeld: „Neuere Forschungen über das Geschlechtsleben des Menschen“; Sonnabend, den 15. März, Dr. A. Maeder: „Eine Mutterhornbeitragung“ (mit Lichtbildern). Sämtliche Vorträge finden 8: derwallstr. 12, 8 Uhr abends, statt. Karten dort und in der Geschäftsstelle Berlin G. 2, Neue Friedrichstraße 53-56, II. 10-12, 1-5.

### Hilfsarbeiter-Gesuch.

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre gewerkschaftlich organisiert, zu freier Rede fähig und schriftgewandt sein. Bewerbungen nebst Lebenslauf, evtl. Angaben über bisherige öffentliche Tätigkeit und Gehaltsansprüche sind bis spätestens 25. Februar d. J. an die nachstehend verzeichnete Adresse einzureichen.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,**  
Sekretariat Hamburg, Besenbinderhof 57 II, Zimmer 20,  
Gewerkschaftshaus.

### Sängerschaft der Gemeindefarbeiter Groß-Berlins.

Am Sonntag, 2. März 1919, vormittags 10 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 5)

### Morgensprache.

Alle ehemaligen Mitglieder der Sängerschaft, sowie fangesfreudige Mitglieder der Filiale Berlin sind herzlich eingeladen.

J. A.: Seichow, Gutische, Kullig,  
Polenske, Smotalski.

### :: :: Filiale Groß-Berlin :: ::

Sonntag, den 9. März 1919, im „Zentraltheater“, Kommandantenstr. 57:

### Sondervorstellung.

Zur Aufführung gelangt:

### „Jugendfreunde“,

Lustspiel von Ludwig Fulda.

Kasseneröffnung 2 Uhr — Beginn der Vorstellung 3 Uhr.

Eintrittskarten 1,60 Mk. Garderobe frei!

Die Eintrittskarten sind im Bureau der Ortsverwaltung und bei den Vertrauensleuten und Beitragsfassern zu haben. Die Platzanweisung erfolgt im Vorraum des Theaters durch Verlotung. Es sind Einzel- und Doppelpläne zu haben. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Die Ortsverwaltung.

### Totenliste des Verbandes.

<b>Wolfgang Göhm, Nürnberg</b> Perusseuerweermann † 24. 1. 1919, 34 Jahre alt.	<b>Arthur Knoblauch, Dresden</b> Laternenmacher † 24. 1. 1919, 46 Jahre alt.
<b>Albert Dankwart, Berlin</b> † 4. 2. 1919, 39 Jahre alt.	<b>G. Lehmann, Königsberg, Pr</b> † 7. 2. 1919, 51 Jahre alt.
<b>Otto Dreßler, Dresden</b> Laternenmacher † 6. 2. 1919, 45 Jahre alt.	<b>Oskar Müller, Breslau</b> Bäcker † 11. 2. 1919, 52 Jahre alt.
<b>Fritz Kiegnor, Berlin</b> Glänker † 2. 2. 1919.	<b>Gottfried Paulus, Nürnberg</b> Büchsenm. † 11. 12. 1918, 73 Jahre alt.
<b>Emil Hantke, Berlin</b> † 5. 2. 1919, 59 Jahre alt.	<b>J. Schwintek, Kl.-Schönau</b> Arbeiter † 5. 2. 1919, 49 Jahre alt.
<b>H. M. Hoppe, Leipzig</b> Arbeiter † 3. 2. 1919, 34 Jahre alt.	<b>Franz Stolz, Durlach</b> Maurer † 5. 2. 1919, 65 Jahre alt.



### Opfer des Weltkrieges:

**Robert Hon, Berlin**  
am 4. Dezember 1918 im  
Alter von 37 Jahren gefallen.

**Franz Thiele, Leipzig**  
am 21. März 1919 im  
Alter von 23 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!